

UWE-JENS HEUER

Demokratisierung im heutigen bürgerlichen Staat

Der marxische Ansatz bestand darin, das politische System vom Eigentum her zu verstehen. Die historische Erfahrung hat uns gelehrt, innerhalb der bürgerlichen Staaten die Differenz, die große Differenz, zwischen faschistischen und bürgerlich-demokratischen Staaten unter keinen Umständen zu unterschätzen. Zugleich aber müssen wir in Tradition von Marx auf die starken autoritären, antidemokratischen Züge hinweisen, die das Privateigentum in jeglicher politischen Form hervorbringt. Gerade die Ostdeutschen lernen heute diese autoritären Verhältnisse in den Betrieben kennen. Sie werden durch die Arbeitslosigkeit weiter verschärft. Diese autoritären Verhältnisse strahlen ihrerseits auf das politische System als Ganzes aus. Es wäre falsch, die Wahlen, die bürgerlichen Wahlen, als zivilisatorische Errungenschaft zu unterschätzen. Sie ermöglichen dem Volk immer wieder einen, wenn auch begrenzten, Einfluß auf seine eigenen Geschicke. Im Zentrum auch des bürgerlichen politischen Systems aber steht die Exekutive. Die reale Kontrolle der Volksvertretung über die Exekutive ist in der Realität wesentlich schwächer als in der Theorie, wenngleich zweifellos stärker als im bisherigen Sozialismus. Die Unabhängigkeit der Justiz ist stärker ausgebaut und gesichert, was die Bindung der Richter an ihr soziales Umfeld – das, was heute richterliches Vorverständnis genannt wird – keineswegs aufhebt.

Von der bürgerlichen Theorie wird heute die Demokratie längst nicht mehr als Volksherrschaft aufgefaßt. Das normative Demokratieideal als das Ideal der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung ist auch hier nicht verwirklicht. Inzwischen ist es von der Theorie ebenfalls aufgegeben.

Ausgehend von den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich eine »realistische« Demokratie-Theorie herausgebildet. Sie geht davon aus, daß es weder möglich noch notwendig sei, das Interesse des Volkes zu erkennen. Die Demokratie wird auf eine Methode reduziert. Der politische Mechanismus wird in Analogie zum Marktmechanismus gefaßt. Die theoretischen Grundlagen hierfür hat bereits in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts Joseph A. Schumpeter gelegt. Für ihn reduzierte sich die demokratische Methode auf den Erwerb der Entscheidungsbefugnis »vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes«. Die soziale Funktion der Politik würde dabei nur nebenher erfüllt, »im gleichen Sinne, wie die Produktion eine Nebenerscheinung

Uwe-Jens Heuer - Jg. 1927,
Prof., Jurist, MdB.
Veröffentlichungen u.a.: Die
Rechtsordnung der DDR.
Anspruch und Wirklichkeit,
1995.

beim Erzielen von Profit ist«. Dabei wurde die Analogie von Schumpeter sehr weit getrieben. Das Warenhaus könne nicht durch seine Warenzeichen und eine Partei nicht durch ihre Prinzipien definiert werden. Die Herrschaft einer Elite, durch Wahlen bestätigt, wird nicht mehr als Gefahr für die Demokratie angesehen, sondern als ihre Grundlage. Politische Aktivität des Volkes ist von dieser Konzeption her nicht Voraussetzung der Demokratie, sondern im Grunde ihre eigentliche Bedrohung.

Diese Konzeption hat sich innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft heute weitgehend durchgesetzt. Macpherson zieht daraus die Schlussfolgerung, daß für dieses Gleichgewichtsmodell, das nur noch die Konkurrenz von Eliten um Wählerstimmen kennt, kein moralischer Gehalt von Demokratie mehr existiert.¹ Die Demokratietheorie ist im Grunde zur Theorie der Herrschaft einer vom Volk bestätigten Elite geworden, wie sie in den Schriften von Michels, Mosca, Pareto und vielen anderen vorgezeichnet wurde.

Die Formalisierung des Demokratiebegriffs schreitet immer weiter voran, die Gewaltenteilung rückt in den Mittelpunkt des politischen Denkens. Der Rechtsstaat erweist sich als formeller Rechtsstaat. Die repräsentative Demokratie wird als einzige Möglichkeit von Demokratie gesehen. Unmittelbare Demokratie erscheint mit Ausnahme der Wahlen nicht als Ausdruck von Demokratie, sondern als ihre Verletzung. Das hat sich sehr deutlich gezeigt in der Arbeit der Verfassungskommission, die jegliche wesentliche Korrektur am bestehenden System zugunsten plebiszitärer Elemente mit Entschiedenheit ablehnte, dies vor allem mit Erfahrungen aus Weimar begründete. Besonderes Gewicht für die Stabilisierung dieses Systems erhalten die Massenmedien, die immer mehr zum Hauptinstrument des Einflusses der Elite und ihrer verschiedenen Fraktionen auf das Volk werden. Löwenstein definierte im Jahre 1984 in seiner Analyse des politischen Systems der Bundesrepublik sie als demoautoritäres System, in dem »die Regierung zwar auf demokratische Weise ins Amt gelangt, danach aber die politische Führung autoritär und ohne jede Begrenzung durch das Parlament und die Wählerschaft ausübt«.² Auf dem Boden der hier skizzierten theoretischen Positionen wird jegliche Frage nach dem Inhalt, nach der Herrschaft, jegliche Frage nach der Beziehung von Demokratie und Volksinteressen zurückgewiesen.

Als Beispiel für die Wirkungskraft dieser Theorie sei noch auf eine interessante »Zeit«-Debatte zum 75. Geburtstag von Helmut Schmidt hingewiesen. Robert Leicht erklärte hier einleitend, was die Gesellschaft zusammenhält, sei »die Verbindlichkeit der demokratischen Herrschaft«, die er mit politischer Führung gleichsetzt. Die Parteien werden als Form der Rekrutierung der politischen Führung gekennzeichnet. Klaus von Dohnanyi schließlich erklärte: »Das Mittel, das der demokratische Politiker gegenüber der Kraft der Delegierten oder der Macht der Delegierten einsetzen kann, ist seine Fähigkeit, Wahlen zu gewinnen«.³

Demokratie wird hier also letztlich auf Verfahren, auf Institutionen, auf Form reduziert. Nun bin ich der letzte, der sich für eine Geringschätzung der Form ausspricht. Ich habe bereits ver-

1 Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1950, S. 416, S. 428, S. 448f.; C.P. Macpherson: Nachruf auf die liberale Demokratie, Frankfurt/Main 1983, S. 93ff.

2 Zitiert von E. Neusüss: Demokratie: Theorien und politische Praxis, in: Handbuch politischer Theorien und Ideologien, hrsg. von F. Neumann, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 158.

3 Zeitpunkte 1/94. Demokratie in der Krise, S. 27, 28, 34.

»Es sei daran erinnert, daß unsere Hauptschwierigkeiten bei der klassischen Theorie sich um die Behauptung gruppierten, daß 'das Volk' eine feststehende und rationale Ansicht über jede einzelne Frage besitzt und daß es - in einer Demokratie - dieser Ansicht dadurch Wirkungskraft verleiht, daß es 'Vertreter' wählt, die dafür sorgen, daß diese Ansicht ausgeführt wird. So wird die Wahl der Repräsentanten dem Hauptzweck der demokratischen Ordnung nachgeordnet, der darin besteht, der Wählerschaft die Macht des politischen Entscheides zu verleihen. Angenommen nun, wir vertauschen die Rollen dieser beiden Elemente und stellen den Entscheid von Fragen durch die Wählerschaft der Wahl jener Männer nach, die die Entscheidung zu treffen haben. Oder um es anders auszudrücken: wir nehmen nun den Standpunkt ein, daß die Rolle des Volkes darin besteht, eine Regierung hervorzubringen oder sonst eine dazwischengeschobene Körperschaft, die ihrerseits eine nationale Exekutive oder Regierung hervorbringt. Und wir definieren: die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.«

Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 428f.

schiedene Male auf die Hypertrophie des Inhalts in der marxistisch-leninistischen Orthodoxie hingewiesen. Die Betonung des Gewichts von Verfahren, von Institutionen, der Form darf aber nicht dazu führen, die Frage des Inhalts gänzlich zu ignorieren. Fassen wir Demokratie als individuelle und kollektive Selbstbestimmung, so geht es immer sowohl um den Inhalt, eben die reale und wirkliche Selbstbestimmung, als auch um die dazu erforderlichen Verfahren und Institutionen.

Ich möchte noch auf eine weitere Gefahr aufmerksam machen. Die alleinige Betonung der formellen Seite kann zum Ausbau, zur Verstärkung der autoritären Elemente genutzt werden. Im gegenwärtigen Deutschland besteht in meinen Augen nicht die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung, wohl aber der schleichen- den Verstärkung der autoritären Elemente. Gerade auch das intensivere Auftreten rechter Kräfte in der Diskussion um die Befreiung 1945 zeigt das überdeutlich. Das betrifft das Ausblenden der Verantwortung von Industrie und Wehrmacht für den Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Ablehnung einer Befreiung Ostdeutschlands mit der Begründung, daß dort nur der bruchlose Übergang von brauner zu roter Diktatur erfolgt sei.

Eine solche autoritäre Entwicklung ist bereits nach außen hin im Streben nach immer stärkeren Großmachtpositionen und im Inneren in der Aufkündigung des sozialstaatlichen Klassenkompromisses und der Forderung auf Ausbau eines starken Staates unter Berufung auf die innere Sicherheit deutlich geworden. Der Staat soll sich weitgehend aus dem Wirtschafts-, vor allem aus dem Sozialbereich zurückziehen und zugleich als repressiver Staat an Gewicht gewinnen. Die antidemokratische Tendenz, die der bürgerlichen Demokratie innewohnt, zugleich aber immer wieder zurückgedrängt werden konnte, gewinnt gegenwärtig an Gewicht.

Eine umfassende Gegenstrategie demokratischer Kräfte ist gegenwärtig weder in der Welt noch speziell für Deutschland sichtbar. Die ungeheure Niederlage, die der Zusammenbruch des Sozialismus selbst für seine liberalen und sozialdemokratischen Kritiker bedeutete, auch wenn sie es nicht wahrhaben wollen, steht einer solchen Gegenstrategie heute und wahrscheinlich für einige Zeit entgegen. Die Weltstrategie des Jahres 1917 ist 1989/90 endgültig gescheitert, eine neue Weltstrategie ist nicht in Sicht. Es ist nicht einmal zu entscheiden, ob der Rückzug bereits endgültig abgeschlossen ist. Es kann heute auch kaum gesagt werden, ob eine einzelne Demokratisierungsstrategie in ihrem Wesen offensiv oder defensiv ist, eben weil sie sich nicht in eine Gesamtstrategie einordnet. In jedem Fall aber sind demokratische Teilstrategien notwendig, unabhängig davon, ob sie im Ergebnis eine Veränderung der Entwicklungsrichtung bewirken, oder nur die Verteidigung von einst Errungenem, sei es in der DDR, sei es in der Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre.

Da unter den gegenwärtigen Bedingungen und mit hoher Sicherheit für einen langen Zeitraum die Herrschaft des Kapitalismus nicht änderbar ist, kann es nur um Aufbau von Gegenmacht gehen. Ich sehe dabei folgende Richtungen:

Erstens halte ich den Kampf der Menschen für persönliche Selbstbestimmung für außerordentlich bedeutsam. Es geht um demokratische Haltungen, um die Überwindung autoritärer Haltungen der Individuen.⁴ Gerade hier liegen positive Seiten der Individualisierung in der bürgerlichen Gesellschaft der letzten Jahrzehnte. Dieser Prozeß findet wohl seinen deutlichsten Ausdruck in der feministischen Bewegung, in der Empörung von Frauen gegen patriarchalische Über- und Unterordnung. Demokratische Haltung fordert Risikobereitschaft, fordert, Verantwortung zu übernehmen, nicht für die Taten anderer, sondern für eigene Taten, fordert das Ertragen von Widersprüchen und Konflikten. Ein Demokrat muß den Mut zur eigenen Meinung haben, seinem Gewissen trauen. Das Anwachsen demokratischer Haltungen ist sicher auch ein Ergebnis von Erziehung, vor allem aber von Erfahrungen, sie wachsen mit der tatsächlichen Verantwortung, mit der Teilnahme an Kämpfen, Siegen und Niederlagen.

Zweitens geht es um die Wirksamkeit von Basisbewegungen, von Bewegungen, die auf die Durchsetzung bestimmter Einzelziele gerichtet sind, bis hin zu Parteien, wenn sie denn die Kraft ihrer Mitglieder wirklich zusammenfassen, sich die Mitglieder nicht bürokratisch unterordnen. Auffällig ist, daß solche Bewegungen sehr stark von der Kraft kleiner Minderheiten abhängen, daß es beispielsweise nicht gelingt, die großen sozialen Probleme Ostdeutschlands heute durch die Kraft größerer Aktionen deutlich zu machen. Offen ist auch, ob der gegenwärtig deutliche Rückgang der Arbeiterbewegung, der abnehmende Einfluß der Gewerkschaften weiter anhalten wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Öffentlichkeit, auf die Rödel, Frankenberg und Dubiel aufmerksam gemacht haben. In ihren Augen soll die Politik, sollen die vorhandenen Institutionen den offenen Rahmen abgeben, innerhalb dessen das Projekt demokratischer Selbstregierung des Volkes sich entfalten könnte. Sie charakterisieren Demokratie als ungerichtetes und durchaus riskantes Projekt.⁵ Allerdings scheint mir offensichtlich, daß heute in der Bundesrepublik Deutschland Öffentlichkeit vor allem Einfluß der Massenmedien bedeutet und daß diese Massenmedien weitgehend im Dienste der Erhaltung und Verteidigung der bestehenden Verhältnisse stehen.

Drittens schließlich bedürfen Entwicklung demokratischer Haltungen, Entfaltung von Bewegungen und Öffentlichkeit institutioneller und rechtlicher Stützen. Das Recht ist und bleibt Instrument staatlicher Machtausübung. Es ist – jedenfalls der Möglichkeit nach – aber stets zugleich auch Instrument individueller und kollektiver Selbstbestimmung. Habermas interpretiert die Idee des Rechtsstaates als die Forderung, »das über den Machtcode gesteuerte administrative System an die rechtsetzende kommunikative Macht zu binden und von den Einwirkungen sozialer Macht, also der faktischen Durchsetzungskraft privilegierter Interessen freizuhalten«⁶. Wie weit es tatsächlich möglich ist, im Rahmen des rechtlichen Regulationssystems, angefangen mit der Verfassung, privilegierte Interessen zurückzudrängen, hängt aber nicht nur vom Inhalt der Regelungen, sondern in sehr hohem Maße auch

4 Vgl. Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main 1976.

5 U. Rödel, G. Frankenberg, H. Dubiel: Die demokratische Frage, Frankfurt/Main 1989, S. 17, 44.

6 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt/Main 1992, S. 187, S. 599.

von der gegen die privilegierten Interessen einzusetzenden Gegenmacht ab.

Demokratisierung heißt im bestehenden System also Ausbau von Gegenmacht. Gegenmacht ist auch Macht, aber sie ist eben nicht herrschende Macht. In den von Gregor Gysi, Lothar Bisky und Hans Modrow veröffentlichten Grundsätzen wird als Möglichkeit vertreten, daß die PDS auch in Regierungsposition ihren Oppositionscharakter behalten könne. »Unabhängig davon, welche Rolle die PDS in einem Parlament spielt, muß sie sich immer als Kraft der gesellschaftlichen Opposition ... verstehen«.7 Eine solche Möglichkeit würde auf jeden Fall eine gänzlich andere gesellschaftliche Situation voraussetzen, in der radikal demokratische, auf tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen gerichtete Kräfte eine wirkliche außerparlamentarische Gegenmacht aufgebaut hätten. Ich halte es in diesem Zusammenhang auch für fragwürdig, wenn hinsichtlich der PDS von Konkurrenz gegenüber anderen Parteien die Rede ist. Konkurrenz meint Wettbewerb um Wählerstimmen. Eine Partei, deren letztes Ziel die Veränderung der Gesellschaft ist, kann sich nur teilweise als Konkurrenz definieren.

Welche Bedeutung hat eigentlich unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt der sozialistische Charakter der PDS für ihren gegenwärtigen Kampf? Sozialistischer Charakter bedeutet sicherlich, daß das Ziel die Überwindung der Dominanz des Privateigentums bleibt, und die damit verbundene Einsicht, daß die Herrschaft des Privateigentums immer Grenzen für Demokratisierung setzt. Dabei gibt es auf der anderen Seite sicherlich keine Möglichkeit, heute abstrakt, vom grünen Tisch her, diese Grenzen zu bestimmen. Sie können sich nur im realen Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen zeigen. Erst wenn die Mehrheit der Menschen deutlich erkennt, daß diese Grenzen der Verwirklichung ihrer Anliegen, ihrer Interessen hinderlich sind, erst dann werden die Menschen bereit sein, diese Grenzen zu überschreiten.

Dennoch aber meine ich, daß es auch im heutigen Handeln Konsequenzen aus dem sozialistischen Ziel geben muß. Sonst sind wir gleichsam in der Lage jener Christen, die auf das Jüngste Gericht warten, im übrigen aber für die Gegenwart sich voll den Gesetzen dieser Wirklichkeit unterwerfen. Die in den Grundsätzen gewählte Formulierung, es ginge darum, das »zu dem gegebenen Zeitpunkt höchstmögliche Maß an Veränderung durchzusetzen«, ist kein inhaltliches Kriterium mehr. Gerade unsere Einsicht in die vom Privateigentum an Produktionsmitteln ausgehenden Erfahrungen muß auch den Inhalt heutiger Entscheidungen bestimmen. Wenn die PDS sich nur noch als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sieht, so ist das ihr Ende als besondere Strömung.

Ein solches Herangehen beruht sicher bei manchen auf der Überzeugung, daß die Niederlage des Sozialismus endgültig sei, daß es eine Wiederholung – und sei es in welcher Form auch immer – nicht mehr geben werde. Das hat beispielsweise Harald Werner recht deutlich ausgesprochen. Das wird bereits schon deutlich im Titel seiner Schrift: »Demokratisierung – Ziel und Methode gesellschaftlichen Wandels«.8 Hier ist Demokratisierung ebensowohl Methode als auch Ziel. Sie bleibt letztlich innerhalb

7 Gregor Gysi, Lothar Bisky, Hans Modrow: Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel, in: Pressedienst PDS 3/95, S. 10.

des gegenwärtigen Systems: »Meiner Meinung nach gibt es keine Grenzen, die eindeutig festlegen, wie weit der Demokratisierungsprozeß innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse getrieben werden kann«. Letztes Ziel bleibt die »Rückeroberung der Politik durch die Gesellschaft.«⁹ Vom Eigentum ist keine Rede mehr. Konsequenterweise ist damit aus dem demokratischen Sozialismus der demokratische Kapitalismus geworden.

Der Untergang der DDR hat uns gezeigt, daß dieser Sozialismus nicht wettbewerbsfähig war, daß er mit Grund gescheitert ist. Er hat uns aber auch gezeigt, daß Sozialismus möglich war. Seine Gegner haben ihn bekämpft, weil er das Privateigentum an den Produktionsmitteln angetastet hat, nicht wegen ungenügender Demokratie. Das entschuldigt nicht die Unfähigkeit in der DDR, Sozialismus und Demokratie dauerhaft und stabil zu verbinden. Dennoch aber ist die Geschichte der DDR, die Geschichte ihres Ringens um Sozialismus, nicht Ballast, sondern Kraftquell, wenn wir für einen demokratischen Sozialismus kämpfen. Es geht also bei der Demokratiefrage nach wie vor, wie eh und je, um Inhalt und Form, um neues anderes Eigentum, um neue bessere Demokratie. In der DDR war es für mich notwendig, mit Nachdruck zu betonen, daß die Beseitigung des Privateigentums nicht automatisch Demokratie hervorbringt. Daraus leitete sich die Forderung ab, Sozialismus und Demokratie miteinander zu vereinen. Heute ist es gleichermaßen notwendig, mit Nachdruck zu betonen, daß Demokratie nicht automatisch Sozialismus bedeutet. Mit beiden Positionen, sowohl der marxistisch-leninistischen Orthodoxie als auch der Negierung der Bedeutung der Eigentumsfrage für Demokratie, wird letztlich das widersprüchliche Problem der Vereinigung von Sozialismus und Demokratie durch das Wegschneiden einer Seite des Widerspruchs nur scheinbar gelöst, in Wirklichkeit negiert.

Werner Maihofer hat 1989 im Vorwort zur BRD-Ausgabe meines Buches »Marxismus und Demokratie« geschrieben: »Erkennt und anerkennt man Demokratie und Sozialismus als einander berichtende und ergänzende Rechts- und Sozialutopien, die erst zusammen die ganze Wahrheit menschlicher Entwicklung ›zum Vorschein bringen«, so folge daraus die Zustimmung zu der Position des Sozialisten Ernst Bloch: »Es gibt keine menschliche Würde ohne Ende der Not, aber auch kein menschengemäßes Glück ohne Ende alter oder neuer Untertänigkeit.« Er zitiert dann seine schon erwähnte Formulierung: »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie. Das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.«¹⁰ Die PDS ist die Partei, so scheint es jedenfalls mir, die beides will und wollen muß, obwohl oder weil es beides zusammen noch nie gegeben hat.

8 Harald Werner: Demokratisierung - Ziel und Methode gesellschaftlichen Wandels, in: Uwe-Jens Heuer, Harald Werner: Gegenmacht: Demokratie, Schriftenreihe controvers, Diskussionsangebot der PDS, Berlin, S. 22ff.

9 Ebenda, S. 38.

10 Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Demokratie, Baden-Baden 1989 bzw. 1990, S. 9.